

Satzung  
der  
Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin  
vom 13. September 2004  
(veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin am 15. Oktober 2004)  
in der Fassung des 2. Nachtrages  
vom 26. März 2007  
(veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin am 10. August 2007)

## **§ 1 Name, Sitz und Aufgaben**

- (1) Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin (KZV Berlin) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 77 Abs. 5 SGB V - 5. Sozialgesetzbuch).
- (2) Sie hat ihren Sitz in Berlin. Sie führt ein Dienstsiegel und ein Amtsschild.
- (3) Die KZV Berlin hat die ihr durch Gesetz, insbesondere durch das 5. Sozialgesetzbuch, übertragenen Aufgaben zu erfüllen und die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen.
- (4) Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann die Vereinigung weitere Aufgaben der zahnärztlichen Versorgung, insbesondere für andere Träger der Sozialversicherung, übernehmen (§ 75 Abs. 6 SGB V).

## **§ 2 Mitgliedschaft**

- (1) Mitglieder der KZV Berlin sind
  - die zugelassenen Zahnärzte,
  - die bei Vertragszahnärzten mindestens halbtags angestellten Zahnärzte,
  - die im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung in den zugelassenen medizinischen Versorgungszentren tätigen angestellten Zahnärzte und
  - die an der vertragszahnärztlichen Versorgung teilnehmenden ermächtigten Krankenhauszahnärzte (§ 77 Abs. 3 SGB V).
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt
  - mit der Zulassung als Vertragszahnarzt,
  - mit der Anstellung in einem Versorgungszentrum oder bei einem Vertragszahnarzt bzw.
  - mit der Erteilung der Ermächtigung für Krankenhauszahnärzte nach §§ 116 ff. SGB V i.V.m. §§ 31 ff. Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte (Zahnärzte-ZV).
- (3) Die Mitgliedschaft endet
  - mit der rechtswirksamen Beendigung der Zulassung,
  - mit der tatsächlichen Beendigung des Anstellungsverhältnisses in einem Versorgungszentrum oder bei einem Vertragszahnarzt bzw.
  - mit der rechtswirksamen Beendigung der erteilten Ermächtigung für Krankenhauszahnärzte.
- (4) Die Mitgliedschaft endet darüber hinaus mit dem Tode des Zahnarztes sowie mit Aufgabe des Zahnarztsitzes in Berlin.

### § 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder der Vereinigung sind zur Teilnahme an der vertragszahnärztlichen Versorgung berechtigt und verpflichtet. Sie beteiligen sich an der Erfüllung der der KZV Berlin i.S.d. § 1 obliegenden Aufgaben.
- (2) Die Mitglieder der KZV Berlin genießen das aktive und passive Wahlrecht nach den Bestimmungen der Wahlordnung, die ein Bestandteil der Satzung ist (Anlage 1).
- (3) Die Mitglieder der Vereinigung sind der Vereinigung gegenüber zur Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen verpflichtet. Die von der Vereinigung abgeschlossenen Verträge und die von den Organen rechtmäßig gefassten Beschlüsse sind für die Mitglieder verbindlich.
- (4) Sie sind berechtigt, gegen die Verwaltungsakte der KZV Berlin Rechtsbehelfe nach den Vorschriften des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) einzulegen.
- (5) Die von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung abgeschlossenen Verträge und die dazu gefassten Beschlüsse sowie die Bestimmungen über die überbezirkliche Durchführung der vertragszahnärztlichen Versorgung und den Zahlungsausgleich zwischen den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sind für die Vereinigung und ihre Mitglieder verbindlich.
- (6) Die von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung gem. § 75 Abs. 7 und §§ 136 ff. SGB V sowie vom Gemeinsamen Bundesausschuss nach § 92 SGB V beschlossenen Richtlinien sind für die Vereinigung und ihre Mitglieder verbindlich (§ 81 Abs. 3 Ziff. 2 SGB V).
- (7) Jedes Mitglied ist verpflichtet, der Vereinigung alle Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen vorzulegen, die zur Nachprüfung der vertragszahnärztlichen oder sonstigen von der Vereinigung sichergestellten und gewährleisteten zahnärztlichen Tätigkeit erforderlich sind.
- (8) Die Mitglieder sind verpflichtet, sich in dem Umfang fortzubilden, wie es zur Erhaltung und Fortentwicklung der zu ihrer Berufsausübung in der vertragszahnärztlichen Versorgung erforderlichen Fachkenntnis notwendig ist. Die Berufsordnung, § 95d SGB V sowie die weiteren Regelungen auf Bundesebene finden Anwendung.
- (9) Gemäß § 95 Abs. 1 und Abs. 3 sind ermächtigte Zahnärzte sowie ermächtigte zahnärztlich geleitete Einrichtungen zur Teilnahme an der vertragszahnärztlichen Versorgung berechtigt und verpflichtet. Die vertraglichen Bestimmungen über die vertragszahnärztliche Versorgung sind für sie verbindlich. § 75 Abs. 2 SGB V und § 81 Abs. 5 SGB V finden entsprechende Anwendung.

## **§ 4 Organe der Vereinigung**

- (1) Die Organe der KZV Berlin (§ 79 Abs. 1 SGB V) sind die Vertreterversammlung (im Weiteren VV) und der hauptamtliche Vorstand.
- (2) Für die Haftung der Mitglieder der VV und des Vorstandes gelten gem. § 79 Abs. 6 SGB V die Vorschriften des § 42 Abs. 1-3 des 4. Sozialgesetzbuchs (SGB IV) entsprechend.
- (3) Die Organe der KZV Berlin werden für die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die Amtsdauer endet ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Durchführung der Wahl jeweils mit dem Schluss des sechsten Kalenderjahres, erstmalig am 31. Dezember 2010. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit im Amt, bis ihre Nachfolger eintreten (§ 80 Abs. 3 SGB V). Im Laufe der Amtszeit gewählte Organmitglieder sind für den Rest der Amtszeit gewählt.
- (4) Die Mitgliedschaft in der VV und in deren Ausschüssen ist ehrenamtlich. Die Mitgliedschaft im Vorstand ist hauptamtlich.

## **§ 5 Aufbringung und Verwaltung der Mittel**

- (1) Die VV legt zur Durchführung der Aufgaben der KZV Berlin Verwaltungskosten fest. Zur Deckung ihrer Eigenkosten kann die KZV Berlin Gebühren für besondere Dienstleistungen erheben. Das Nähere wird in einer Verwaltungskostenordnung geregelt.
- (2) Die KZV Berlin ist berechtigt, Zahlungen an ihre abrechnenden Mitglieder bis zu einer Höhe von 50 % der jeweils auszahlungsfähigen Honorare zurückzuhalten, wenn sich aus konkreten Tatsachen Gründe für Erstattungsansprüche gegen ein Mitglied ergeben. Dem Mitglied ist der bevorstehende Einbehalt anzukündigen und grundsätzlich rechtliches Gehör zu gewähren. Der Sicherungseinbehalt erfolgt bis zur endgültigen Klärung der Ansprüche. Diese Regelung gilt für ermächtigte Zahnärzte entsprechend.
- (3) Das für die Durchführung der Aufgaben gebildete Vermögen ist Eigenvermögen der KZV Berlin und wird vom Vorstand gemäß den Beschlüssen der VV unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen verwaltet. Für das Vermögen gelten die §§ 80 und 85 SGB IV entsprechend.

## **§ 6 Vertreterversammlung**

- (1) Die VV besteht aus vierzig Mitgliedern. § 9 Abs. 2 der Satzung und § 22 der Wahlordnung finden Anwendung. Die Mitglieder der VV werden von den wahlberechtigten Mitgliedern der KZV Berlin in unmittelbarer und geheimer Wahl

gewählt (§ 80 Abs. 1 SGB V). Das Nähere über die Wahl bestimmt die Wahlordnung.

- (2) Die VV wird von ihrem Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter geleitet. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter dürfen nicht zugleich Mitglieder des hauptamtlichen Vorstandes sein (§ 80 Abs. 2 SGB V).
- (3) Der Vorsitzende sowie sein Stellvertreter werden in der konstituierenden Sitzung von der VV aus deren Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt. Für die Wahl ist die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erforderlich. Ergibt sich Stimmengleichheit, ist ein zweiter Wahlgang notwendig. Ergibt sich wieder Stimmengleichheit, entscheidet das Los.
- (4) Die VV wird von ihrem Vorsitzenden unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen nach Bedarf schriftlich einberufen, in dringenden Fällen auch mit einer kürzeren Frist mündlich oder fernmündlich. Die VV muss einberufen werden, wenn der Vorstand es beantragt oder mindestens ein Viertel der Mitglieder der VV schriftlich die Einberufung verlangt.
- (5) Die Sitzungen der VV sind für Zahnärzte öffentlich, soweit sie sich nicht mit personellen Angelegenheiten oder Grundstücksgeschäften befassen. Über die Anwesenheit anderer Personen entscheidet der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter im Einzelfall. Die VV kann die Öffentlichkeit für weitere Beratungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung ausschließen. Der Beschluss ist in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben.
- (6) Die VV ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsmäßig einberufen ist und mehr als die Hälfte der Vertreter anwesend ist. Ist eine VV nicht beschlussfähig, so ist eine neue VV, die frühestens nach 36 Stunden zusammentreten darf, mit der gleichen Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vertreter beschlussfähig; hierauf ist bei der Einladung zu dieser VV hinzuweisen.
- (7) Die VV fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht im einzelnen ein anderes Abstimmungsverhältnis vorgesehen ist. Bei der Abstimmung werden nur die gültigen Stimmen gerechnet; Stimmenthaltungen zählen nicht mit. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (8) In den Sitzungen sind die Mitglieder der VV antrags- und stimmberechtigt. Jedes Mitglied kann nur eine Stimme abgeben. Die Stimmen sind nicht übertragbar. Die Vertreter stimmen nach freier Überzeugung ab.
- (9) Die Einzelheiten der Einberufung der VV und die Durchführung ihrer Sitzungen regelt die Geschäftsordnung der VV.

## **§ 7**

### **Aufgaben der Vertreterversammlung**

- (1) Die VV hat über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu beschließen (§ 79 Abs. 3 Nr. 3 SGB V).

(2) Insbesondere gehört zu den Aufgaben der VV

- a) die Beschlussfassung über die Satzung und sonstiges autonomes Recht (§ 79 Abs. 3 Nr. 1 SGB V);
- b) die Wahl des Vorsitzenden der VV und dessen Stellvertreter;
- c) die Wahl der Mitglieder des Vorstandes sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters (§ 80 Abs. 2 SGB V);
- d) die Überwachung der Tätigkeit des Vorstandes (§ 79 Abs. 3 Nr. 2 SGB V);
- e) die Wahl von weiteren Vertretern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin für die VV der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (§ 80 Abs. 1a SGB V);
- f) die Wahl von Mitgliedern zu den gesetzlichen vorgeschriebenen Ausschüssen;
- g) die Einsetzung von beratenden Ausschüssen für bestimmte Arbeitsgebiete. Ausschüsse in diesem Sinne sind z.B.
  - aa) der Hauptausschuss,
  - bb) der Haushaltsausschuss,
  - cc) der Rechnungsprüfungsausschuss,
  - dd) der Satzungsausschuss
  - ee) der Fürsorgeausschuss;
- h) die Wahl und Abwahl von Gutachtern;
- i) die Regelung der Honorarabrechnung und -verteilung, insbesondere die Aufstellung des individuellen Honorarverteilungsmaßstabes (§ 85 Abs. 4 SGB V);
- j) die Festsetzung von Aufwandsentschädigungen für Tätigkeiten für die Vereinigung sowie von Erstattungsbeträgen für Auslagen. Näheres regelt die Entschädigungsordnung der KZV Berlin, die Bestandteil dieser Satzung ist (Anlage 3);
- k) die Feststellung des Haushaltsplanes gemäß § 79 Abs. 3 Nr. 4 SGB V;
- l) die Entgegennahme des Berichts über die Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung sowie die Entlastung des Vorstandes (§ 79 Abs. 3 Nr. 5 SGB V);
- m) die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken sowie die Errichtung von Gebäuden (§ 79 Abs. 3 Nr. 7 SGB V);
- n) die Aufstellung einer Wahlordnung;

- o) die Aufstellung einer Disziplinarordnung;
  - p) die Aufstellung einer Geschäftsordnung für die VV.
- (3) Die VV kann sämtliche Geschäfts- und Verwaltungsunterlagen einsehen und prüfen (§ 79 Abs. 3 Satz 2 SGB V).

## **§ 8 Der Hauptausschuss**

- (1) Der Hauptausschuss besteht aus dem Vorsitzenden der VV und seinem Stellvertreter sowie drei weiteren aus der Mitte der VV gewählten Mitgliedern. Der Hauptausschuss unterstützt die Vertreterversammlung bei der Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben gemäß § 7.
- (2) Der Vorsitzende des Hauptausschusses soll den Hauptausschuss mindestens einmal im Halbjahr einberufen. Der Vorstand soll dabei über aktuelle Themen informieren. Der Hauptausschuss ist einzuberufen, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Hauptausschusses oder der VV es verlangt.
- (3) Der Hauptausschuss wird von seinem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Vorstandes oder seinem Stellvertreter unter Bekanntgabe von Tagungsort, Termin und - soweit erforderlich - Tagesordnung einberufen.
- (4) Der Hauptausschuss kann in begründeten Fällen, die sich aus seiner Tätigkeit heraus ergeben, beim Vorsitzenden der VV die Einberufung einer VV beantragen.

## **§ 9 Ausscheiden von Mitgliedern der VV**

- (1) Die Mitgliedschaft in der VV endet vor Ablauf der Wahlperiode
- durch Tod,
  - durch Verlust der Mitgliedschaft in der KZV Berlin,
  - durch Eintritt der Voraussetzungen für den Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts nach § 6 der Wahlordnung der KZV Berlin,
  - durch Niederlegung des Amtes.

Der Verzicht auf die Mitgliedschaft in der VV ist möglich. Er ist dem Vorsitzenden der VV schriftlich anzuzeigen.

- (2) Scheidet während der Amtsdauer der VV ein Vertreter aus, so rückt der nachfolgende Bewerber derselben Liste als Ersatzvertreter nach. Weist die Liste keinen Bewerber mehr auf, so bleibt der Sitz in der VV unbesetzt. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

## § 10 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand der Vereinigung besteht aus drei Mitgliedern, die nicht zugleich Mitglieder der VV sein dürfen, und zwar dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie einem weiteren Vorstandsmitglied. Die Mitglieder des Vorstandes vertreten sich gegenseitig. Sie üben ihre Tätigkeit hauptamtlich aus. Die Wiederwahl ist möglich (§ 79 Abs. 4 SGB V).
- (2) Die Vertreter der VV wählen in unmittelbarer und geheimer Wahl die Mitglieder des Vorstandes. Zur Wahl der Vorstandsmitglieder müssen mehr als die Hälfte der Vertreter anwesend sein. Andernfalls wird eine neue VV, die frühestens nach 36 Stunden zusammentreten darf, einberufen, in der die Wahl ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen stattfindet.
- (3) Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in getrennten Wahlgängen. Der Vorsitzende der VV gibt die Ergebnisse bekannt und fordert die Gewählten auf, zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Soweit sie die Wahl nicht annehmen, ist die Wahl zu wiederholen. Anschließend wählt die VV unter den gewählten Vorstandsmitgliedern den Vorsitzenden des Vorstandes und seinen Stellvertreter.
- (4) Kandidieren mehr als zwei Bewerber und erhält keiner von ihnen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt. Danach ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Stimmenthaltungen werden als nicht abgegebene Stimmen gewertet. Stimmzettel, die eine Unterschrift tragen oder mehr Angaben enthalten als zulässig, sind ungültig. Bei Stimmgleichheit findet eine erneute Stichwahl statt. Ergibt diese wiederum eine gleiche Stimmenzahl, entscheidet das Los.
- (5) Der Vorstand ist berechtigt, ein Mitglied der KZV Berlin vorzuladen, wenn es zur Klärung oder Beratung einer Angelegenheit, die die Belange der KZV Berlin betrifft, erforderlich ist.
- (6) Weitere Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.

## § 11 Aufgaben des Vorstands

- (1) Der Vorstand führt die Geschäfte der Vereinigung und sorgt für die Durchführung der gesetzlichen Aufgaben. Er führt die Beschlüsse der VV durch.
- (2) Der Vorstand vertritt die Vereinigung gerichtlich und außergerichtlich, soweit Gesetz oder sonstiges Recht nichts Abweichendes bestimmen (§ 79 Abs. 5 SGB V).
- (3) Der Vorstand unterrichtet die Mitglieder der VV über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. Er ist verpflichtet, der VV Auskunft zu geben.

- (4) Der Vorstand sorgt für die ordnungsgemäße Verwaltung der Mittel der Vereinigung und für die jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung. Der Vorstand stellt den Haushaltsplan und die Jahresrechnung auf.
- (5) Der Vorstand bestellt im Sinne des § 8 der Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte (Zahnärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGBl. I S. 582) in der jeweils geltenden Fassung einen Registerführer und für diesen Stellvertreter. Widerspruchsstelle im Sinne des § 8 Abs. 2 der Zahnärzte-ZV gegen die Entscheidungen des Registerführers ist der Vorstand.
- (6) Soweit nichts anderes bestimmt ist, entscheidet als Widerspruchsstelle im Sinne des sozialgerichtlichen Vorverfahrens der Vorstand der KZV Berlin.

## § 12

### Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern

- (1) Das Amt eines Vorstandsmitglied endet vor Ablauf der Wahlperiode
  - durch Tod
  - durch Verlust der Geschäftsfähigkeit
  - durch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte
  - durch Kündigung des Dienstvertrages seitens des Vorstandsmitglieds gemäß den dienstvertraglichen Vereinbarungen mit nachfolgender Entbindung vom Vorstandsamt durch die VV (§ 59 Abs. 2 SGB IV analog)
  - durch Entbindung vom Vorstandsamt (§§ 79 Abs. 6 SGB V, 35a Abs. 7 SGB IV i.V.m. § 59 Abs. 2 SGB IV analog)
  - durch Enthebung vom Vorstandsamt (§§ 79 Abs. 6 SGB V, 35a Abs. 7 SGB IV i.V.m. § 59 Abs. 3 SGB IV analog)
- (2) Ein Viertel der Mitglieder der VV kann schriftlich bei dem Vorsitzenden der VV beantragen, dass ein benanntes Mitglied des Vorstandes vom Amt entbunden oder enthoben wird.

In diesem Fall lädt der Vorsitzende die VV zu einem Termin innerhalb von zwei Wochen unter Angabe des Tagesordnungspunktes „Antrag auf Entbindung“ bzw. „Antrag auf Enthebung“ gegen das benannte Vorstandsmitglied ein.

Das Amt dieser Person als Mitglied des Vorstandes endet, auch wenn es sich um den Vorsitzenden des Vorstandes handelt, wenn die VV mit der Mehrheit ihrer Mitglieder die Entbindung oder Enthebung beschließt und der Beschluss unanfechtbar geworden ist.

Die VV kann die sofortige Vollziehung des Enthebungsbeschlusses anordnen. Die Anordnung hat die Wirkung, dass das Mitglied sein Amt nicht ausüben kann (§ 59 Abs. 3 Satz 2 SGB IV analog).

- (3) Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so findet alsbald eine Nachwahl statt. Auf die Nachwahl finden die Bestimmungen über die Wahl von Vorstandsmitgliedern Anwendung. Auf der Tagesordnung ist anzugeben, dass eine Nachwahl für das namentlich zu nennende Vorstandsmitglied stattfindet. Scheidet ein Vorstandsmitglied binnen drei Monaten vor dem Ende oder nach Ablauf der Amtszeit des Vorstandes aus, so kann eine Nachwahl unterbleiben.

### **§ 13 Ausschüsse**

- (1) Zur Bearbeitung bestimmter Aufgaben können von der VW Ausschüsse (§ 7 Abs. 2 f), Gutachter bzw. Beauftragte eingesetzt werden.
- (2) Die Ausschüsse können Sachverständige beratend zu ihren Sitzungen hinzuziehen.
- (3) Die Zugehörigkeit zu einem Ausschuss endet, soweit durch Gesetz nichts Abweichendes geregelt wird,
- mit Ablauf der Amtsdauer der Organe der KZV Berlin,
  - nach Erledigung der übertragenen Aufgaben,
  - nach Abberufung durch das bestellende Organ,
  - durch Niederlegung des Amtes,
  - bei Wegfall der gesetzlichen Grundlagen.
- (4) Die Ausschüsse bedienen sich, soweit durch Gesetz oder Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist, zur Durchführung ihrer Aufgaben der Verwaltung der KZV Berlin.
- (5) Die Bestimmungen über die Sitzungen der Organe gelten für die Ausschüsse, soweit nichts Abweichendes geregelt ist, entsprechend.

### **§ 14 Disziplinarausschuss**

- (1) Die Vereinigung kann gegenüber ihren Mitgliedern, die ihre sich aus dem SGB V und aus § 3 der Satzung ergebenden vertragszahnärztlichen Pflichten vorsätzlich oder fahrlässig nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, insbesondere gegen die für sie verbindlichen vertraglichen Bestimmungen oder Richtlinien verstoßen, Disziplinarmaßnahmen verhängen.

Dies können gem. § 81 Abs. 5 SGB V je nach Schwere der Verfehlung sein Verwarnung, Verweis, Geldbuße oder Anordnung des Ruhens der Zulassung oder der vertragszahnärztlichen Beteiligung bis zu zwei Jahren. Das Höchstmaß der Geldbußen kann bis zu 10.000 Euro betragen.

- (2) Zur Verhängung von Maßnahmen der Vereinigung nach Absatz 1 gegenüber ihren Mitgliedern setzt die Vereinigung Disziplinarausschüsse in der erforderlichen Anzahl

ein. Das Nähere über die Einsetzung der Ausschüsse und über das Verfahren bei Ausübung dieser Befugnisse wird in einer Disziplinarordnung geregelt, die Bestandteil dieser Satzung ist (Anlage 2).

- (3) Gemäß § 95 Abs. 4 SGB V gelten diese Bestimmungen und die Disziplinarordnung für ermächtigte Zahnärzte sowie in ermächtigten zahnärztlich geleiteten Einrichtungen angestellte Zahnärzte entsprechend.

## **§ 15 Bekanntmachungen**

Die Bekanntmachungen der Vereinigung erfolgen in dem offiziellen Organ der KZV Berlin oder durch Rundschreiben an die Mitglieder. Die Satzung und ihre Änderungen sind im Amtsblatt für Berlin bekannt zu geben.

## **§ 16 Schweigepflicht**

Die Mitglieder der Organe und Ausschüsse und die ehrenamtlich tätigen Zahnärzte der KZV Berlin sind verpflichtet, die ihnen durch ihre Tätigkeit bekannt werdenden Umstände nicht unbefugt zu offenbaren.

## **§ 17 Satzungsänderungen**

- (1) Über Satzungsänderungen beschließt die VV. Satzungsänderungen dürfen nur zu den Bestimmungen der Satzung beschlossen werden, die nach der mit der Einladung bekannt gegebenen Tagesordnung zum Gegenstand der Beratung in der VV gemacht werden.
- (2) Für Änderungen der Satzung ist erforderlich, dass eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der VV die Satzungsänderung beschließt.
- (3) Abweichend von Absatz 2 gilt: Bei Änderungen der Satzung aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder Rechtsverordnungen fasst die VV ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 6 Abs. 7 findet Anwendung). Das Gleiche gilt, wenn eine Änderung der Satzung wegen der Fassung der Satzung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung erforderlich wird sowie bei Änderungen von Teil 2 (Besondere Bestimmungen) der Entschädigungsordnung der KZV Berlin.
- (4) Die Satzung und Satzungsänderungen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde (§ 81 Abs. 1 Satz 2 SGB V).

## § 18 Inkrafttreten

- (1) Die Satzung tritt am 01.01.2005 in Kraft.
- (2) Weitere zukünftige Änderungen treten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für Berlin in Kraft, sofern nicht die jeweilige Satzungsänderung den Tag des Inkrafttretens abweichend bestimmt.
- (3) Übergangsregelung:  
Für die im Jahre 2004 durchzuführenden Wahlen zur Vertreterversammlung und zum Vorstand der KZV Berlin für die Legislaturperiode 01.01.2005 bis 31.12.2010 sowie zur Vertreterversammlung der KZBV sind gem. Artikel 35 Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) die §§ 77, 79, 80 SGB V sowie die Bestimmungen der Satzung der KZV Berlin in der ab 01. Januar 2005 geltenden Fassung anzuwenden.